Nr. 277 XXVI. Jahrgang

Donnerstag, 10. Oktober 1918

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 36, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 15 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Listen- oder Kunstsatz 100% Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresanzeigen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50% Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie amtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.60, vierteljährlich M. 4.50.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 10 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.49, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. möchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

# Die Antwort Wilsons

## Generalleutnant Scheuch zum preußischen Kriegsminister ernannt — Einstimmige Annahme des französischen Sozialistenmanifestes — Ueberwachung der bulgarischen Regierung durch eine Entente-Kommission

### Erste Antwort aus Washington

(Während des Druckes eingegangen.)

× Washington, 8. Oktober.

In einer heute vom Staatssekretär dem schweizerischen Geschäftsträger übergebenen Note heißt es: Ehe er auf das Ansuchen der kaiserlich deutschen Regierung antworte und damit die Antwort so aufrichtig und geradsinnig erteilt wird, wie die wichtigen Interessen, die darin eingeschlossen sind, es erfordern, hält der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig, sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern. Meint der Reichskanzler, daß die kaiserlich deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt und daß der Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen? Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu dem Vorschlage eines Waffenstillstandes zu erklären, daß er sich nicht berechtigt fühlen würde, den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden ist, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die Heere dieser Mächte auf ihrem Boden stehen. Der gute Glaube bei jeder Diskussion würde offensichtlich von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, sofort die Truppen überall aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Der Präsident glaubt auch zu der Frage berechtigt zu sein, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben. Er hält die Antwort auf die Frage von diesem Standpunkte aus für außerordentlich wichtig.

(Zusatz des WTB.: Die Antwort des Präsidenten Wilson liegt hier im amtlichen Text noch nicht vor. Eine genaue Prüfung des Wortlautes ist vorerst noch nicht möglich. Immerhin ergibt sich aus dem Text, daß weitere Erklärungen von seiten der deutschen Regierung notwendig sein werden. Dazu sind sorgsame Erwägungen der Regierung erforderlich. Die Antwort auf die Schlußfrage des Präsidenten ist durch die Rede des Präsidenten Fehrenbach in der Reichstagssitzung vom 5. d. M. gegeben, der im Namen des deutschen Volkes und des Reichstages erklärte, daß der Reichstag das Friedensangebot billige und sich zu eigen mache.)

### Nach der Ueberreichung der Noten

Die deutsche und die österreichisch-ungarische Note sind, wie wir gestern mitteilten, in Washington überreicht worden. Wenn auch formal daran festgehalten wird, daß erst nach offizieller Kenntnisnahme der Noten bei den Alliierten in Verhandlungen eingetreten werden könne, so ist es doch klar, daß die Besprechungen zwischen den leitenden Männern der Entente schon seit Tagen im Gange sind. Inzwischen wächst die Fülle der offiziösen und halboffiziösen Kommentare der feindlichen Nachrichtenbureaus und Preßorgane, deren Tendenz nicht übersehen werden kann, die anderseits aber doch nicht entscheidend für die Auffassung der verschiedenen Regierungsstellen sind. Es ist bemerkenswert, daß Lloyd George jegliche Meinungsäußerung vorläufig ablehnt. Reuter erfährt, daß bis Montag nachmittag beim Londoner Auswärtigen Amt weder amtliche Nachrichten von den deutsch-österreichischen Vorschlägen noch irgendeine Andeutung darüber von einem neutralen Vertreter eingetroffen seien. Auf jeden Fall scheine festzustehen, daß Wilson, an den der Appell gerichtet wurde, auch die Initiative bei der Beantwortung ergreifen werde. Aus bereits bekannten Gründen könnten über die amtliche Haltung, die die verbündeten Regierungen einnehmen würden, nur Vermutungen ausgesprochen werden. In Kreisen, die gewöhnlich als maßgebend und gut unterrichtet gelten, komme als allgemeine Ansicht zum Ausdruck, daß Deutschland einen großen Schritt in der richtigen Richtung getan habe, dieser aber nicht groß genug sei. In nichtamtlichen Kreisen in London gehe die Meinung im allgemeinen dahin, daß die Vorschläge völlig aufrichtig, aber daß sie nicht von der Liebe zum Frieden oder einem geklärteren Geiste diktiert worden seien.

Von gut unterrichteter Seite erfährt der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian", daß den deutschen Vorschlägen etwas Wesentliches fehle, nämlich die Garantie, daß sie nicht auf der Friedenskonferenz dieselbe Veränderung durchmachten wie die ursprüngliche russische Formel in Brest. Außerdem sei es nicht sicher, daß Deutschland, wenn es jetzt das Unvermeidliche annehme, nicht sofort beginnen werde, sich für einen Revanchekrieg zu rüsten. Das einzige Mittel dagegen wäre eine Regierung, die dem Reichstag und nicht dem Kaiser verantwortlich wäre. Das Blatt nennt in einem Artikel den Schritt des Prinzen Max ein wichtiges Ereignis, das Wilson und die Alliierten zweifellos auch als solches behandeln würden. In seiner Betrachtung über die Antwort, die gegeben werden sollte, beantragt der „Manchester Guardian" mit der Erklärung, daß nichts geschehen sei, was Wilsons Gesinnung gegen die deutsche Regierung ändern könnte. An der Verfassung Deutschlands habe sich nichts geändert. Das Blatt glaubt aber, daß die Alliierten mit ihrer Zustimmung zu Unterhandlungen nicht warten sollten, bis die ganze Regierungsmaschine reformiert sei. Die Reform der deutschen Regierung sei eine Sache des deutschen Volkes. Wohl aber sei eine andre Garantie möglich. Die Mittelmächte verlangten einen Waffenstillstand, und diesen würden die Alliierten unter der Bedingung zugestehen können, daß sie sich in ihre eigenen Grenzen zurückzögen. Das wäre natürlich ein Eingeständnis der Niederlage und würde dem deutschen Volke das Vertrauen in seine Militaristen nehmen. Sollten die Deutschen diese Bedingung ablehnen, so glaubt der „Manchester Guardian", daß die Alliierten warten müßten, bis die Deutschen nachgiebiger würden. Denn Unterhandlungen ohne Waffenstillstand seien kaum möglich. — Wie schweizerische Blätter mitteilen, werde für die Beantwortung des Waffenstillstandsangebots die Meinung maßgebend sein, die Foch nach erfolgter Fühlungnahme mit den übrigen Heerführern abgeben werde. — Wir geben die neuen Meldungen, die zum Teil

**dem Waffenstillstandsangebot nicht günstig**

sind, wieder und wiederholen, daß keine von ihnen eigentlich amtlichen Charakter trägt, ihr Inhalt also auch noch keine tatsächliche Entscheidung darstellt:

× London, 8. Oktober. (Reuter.) Nach den Morgenzeitungen kann die Antwort der Alliierten auf den deutschen Vorschlag eines Waffenstillstandes im Westen als eine mütige Ablehnung bezeichnet werden.

s. Basel, 9. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Daily Telegraph" meldet: Das Kabinett nimmt offiziell zur deutschen Note erst nach ihrem Eingang aus Washington Stellung. Bis dahin kann nur von privaten Kundgebungen unverbindlicher Art gesprochen werden. Lloyd George lehnt für seine Person jede Information an Parlamentarier und Pressevertreter ab. Beachtsam ist die Steigerung aller Schiffahrtspapiere in Liverpool, die bis zu 20 Schilling vom Hundert geht.

g. Genf, 9. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Hommelibre" schreibt: Bis Dienstag liegt das feindliche Friedensangebot durch Vermittlung der Washingtoner Regierung in Paris noch nicht vor. Die französische Regierung kann eine offizielle Stellungnahme erst beschließen, wenn sie den genauen Wortlaut der deutschen Vorschläge hat. — Havas veröffentlicht eine Note, in welcher zunächst der Rückzug der deutschen Truppen auf der ganzen Linie festgestellt wird und das Angebot des Waffenstillstandes als ein Anzeichen dafür bezeichnet wird, daß die Deutschen anfangen, an der Solidität ihrer Kriegsmaschine zu zweifeln. Dann fährt die Note fort: Durch dieses Angebot des Waffenstillstandes werden die Operationen nicht eingestellt. Es wird keine Ruhepause eintreten, bevor die Deutschen sich nicht auf 10 Kilometer jenseits der französischen und franko-belgischen Grenze zurückgezogen haben. Aber so weit sind wir noch nicht. — Auffallenderweise scheint der „Hommelibre" heute einen kleinen Schritt zurückzugehen. In einem Leitartikel, betitelt „Kein Waffenstillstand", schreibt er: „Auf den Grundlagen der Wilsonschen Bedingungen diskutieren hieße noch nicht, sie annehmen. Es handelt sich jetzt alles um die Frage, ob unsre Feinde diese Bedingungen annehmen oder nicht. Dazu ist aber kein Waffenstillstand nötig."

g. Genf, 9. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der „Temps" meldet: Zwischen den alliierten Kabinetten wurde ein Meinungsaustausch eingeleitet. Die entscheidenden Beschlüsse des Versailler Kriegsrates fallen am Donnerstag.

* Lugano, 9. Oktober. Der Präsident der italienischen Kammer Marcora hat alle Deputierten durch ein Telegramm benachrichtigt, daß Ministerpräsident Orlando der Kammersitzung am 15. Oktober nicht beiwohnen könne, desgleichen, daß Schwierigkeiten bestehen, den Tag der nächsten Zusammenkunft bekanntzugeben.

u. Wien, 9. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die „Reichspost" schreibt: In Wiener diplomatischen Kreisen wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es von seiten des Verbandes nicht zu einer glatten Aussprache über den Waffenstillstand kommen werde, sondern daß der Verband einen Block von Bedingungen, die eigentlich erst in den Friedensverhandlungen erörtert werden müßten, schon jetzt in den Verhandlungen über den Waffenstillstand zur Sprache bringen wird.

Dieser Punkt 14 des Programms Wilsons lautet: „Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen mit bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden zum Zwecke gegenseitiger Garantieleistung für die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen sowie der kleinen Nationen." Wir stellen nun die Frage: Spielt die Northcliffe-Presse auf Irland, Aegypten, Indien oder Griechenland an?

(Weiteres siehe auf Seite 8)

### Schweres Ringen zwischen Cambrai und St-Quentin

× Großes Hauptquartier, 9. Oktober. (Amtlich.)

**Westlicher Kriegsschauplatz:**

Zwischen Cambrai und St-Quentin ist die Schlacht von neuem entbrannt. Unter Einsatz gewaltiger Artilleriemassen und unter Zusammenfassung von Panzerwagen und Fliegergeschwadern griff der Engländer im Verein mit Franzosen und Amerikanern unsre Front von Cambrai bis St-Quentin an. Auf dem nördlichen Angriffsflügel war der Ansturm des Feindes nach hartem Kampfe gegen Mittag westlich der von Cambrai auf Bohain führenden Straße gebrochen. In den Abendstunden sind hier erneute Angriffe des Feindes gescheitert. In beiden Seiten der in Richtung Le Château führenden Römerstraße gelang dem Gegner ein tieferer Einbruch in unsre Linien. Wir fingen seinen Stoß in der Linie Malincourt — Elaincourt und westlich von Bohain auf. Auf dem Südflügel des Angriffs konnte der Gegner nur wenig Gelände gewinnen. Die südlich von Montbrehain kämpfenden Truppen schlugen alle Angriffe des Feindes in ihrer vorderen Infanteriestellung ab. Durch den Einbruch in der Mitte der Schlachtfront in ihrer Flanke bedroht, mußten sie am Abend ihren Flügel an den Westrand von Fresnoy le Grand zurücknehmen.

In der Champagne nahmen Franzosen und Amerikaner zwischen der Suippes und westlich der Aisne unter großer Kraftentfaltung ihre Angriffe wieder auf. Auch sie erstürmten nach aufgefundenen Befehlen erneut den Durchbruch durch unsre Front. Nur beiderseits von St-Etienne brach der Feind in unsre Linien ein. In den Nachmittagsstunden angesetzter Gegenangriff warf den Gegner hier wieder zurück. An der übrigen Front sind die Anstürme des Feindes völlig gescheitert. Oertliche Einbruchsstellen wurden im Gegenstoß wieder gesäubert. Teilangriffe an der Aisne und sehr heftige Angriffe der Amerikaner am Ostrande des Argonner Waldes und im Aire-Tale wurden abgewiesen.

Auf dem Ostufer der Maas griff der Feind zwischen Brabant und Ornes nach starker Artilleriewirkung an. Der in den Wald von Consenvoye eindringende Gegner wurde dort zum Stehen gebracht. An der übrigen Front schlugen wir ihn vor unsern Kampflinien ab.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Wenn dieses ist der Freien einz'ge Pflicht: Das Reich zu schirmen, das sie selbst beschirmt.

Schiller.

Erfüllet diese Pflicht! Zeichnet die Neuntel

### Die Kohlennot der Entente

Unter dem Drucke der wirtschaftlichen Nöte, die der Krieg für uns im Gefolge hat, übersehen wir vielleicht zu sehr die Notlage bei unsern Gegnern. Die Entente fürchtet den nächsten Winter, und zwar infolge ihrer Kohlennot. Das ist einer der Gründe, weshalb sie jetzt an der Westfront noch in diesem Jahre eine Entscheidung sucht. Wie groß der Mangel an Heizmaterial in England, Frankreich und Italien bereits ist, verraten englische Blätter. Kohle — so erklären die „Daily News" vom 10. September — „ist heute der Lebensnerv der Entente". Dieser Nerv aber funktioniert schlecht und schmerzhaft. Anfang September standen englische Hochöfen, die Stahl für Munition herstellen, dicht vor dem Stillstand, und nur durch schleunige Heranschaffung besonderer Lieferungen wurde die Lage für den Augenblick gerettet. Welsh Fabriken, schrieb bereits unter dem 6. d. M. „Daily Chronicle", stehen vor der gleichen Gefahr, die Fabrikanten in allen Teilen des Reiches sind voller Besorgnis. Drei Tage zuvor konnte man an derselben Stelle lesen: „Die größte Gefahr für unsre Streitkräfte und für die bürgerliche Bevölkerung in England bildet der Kohlenmangel." Die englischen Eisenbahngesellschaften wollen den Dienst noch mehr einschränken; im ganzen Königreich sollen 3000 Bahnhöfe weniger geheizt und beleuchtet werden. Der Rückgang der Kohlenerzeugung in England beträgt nach der „Daily Mail" vom 7. d. M. in diesem Jahre bis jetzt 13,5 Millionen Tonnen oder 8,7 Prozent gegen das Vorjahr, während „Daily Chronicle" im Vergleich zu 1917 für dieses Jahr mit einem Fehlbetrage von 20 Millionen Tonnen rechnet. „Wenn das Kriegskabinett nicht Rohlen schafft", schreibt „Daily Mail", „wird sowohl unsre Kriegs- wie unsre Friedensindustrie zusammenbrechen." „Unsre Verbündeten", heißt es in einem andern Blatte, „können ohne die britische Kohle den Krieg überhaupt nicht fortsetzen." Schon 1917 konnte England seine Verpflichtungen an Frankreich und Italien nicht erfüllen. Die Schwierigkeiten der Kohlenbeschaffung in England werden durch den Wagenmangel erhöht; Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kommen hinzu. Die Stimmung unter den englischen Arbeitern nimmt, nach dem Geständnis der „Morning Post", immer bedrohlichere Formen an. Kaum ist ein Streik beigelegt, da bricht auch schon ein neuer aus. Die Leute arbeiten lässig und fördern ein minderwertiges Material zutage. Die Minderwertigkeit der zur Zeit geförderten englischen Kohle ist, nach einem Bericht des „Economist" aus Sheffield vom 24. August, so groß, daß die Verbraucher nicht stets den Dampfdruck in ihren Kesseln aufrechterhalten können, was zu verminderten Betriebsleistungen führt. Eine Meldung vom gleichen Tage aus Glasgow klagt darüber, daß ein großer Teil der Kohlenarbeiter die Förderung nicht nur nicht steigert, sondern gar keine Neigung zeigt, dadurch die Lage zu bessern.

Bei dieser Sachlage kann die englische Presse die Sorge um die nächste Zukunft nicht mehr verhehlen. Sie sieht die Leiden der eigenen Landsleute im Westen des Landes infolge mangelnder Heizung und Beleuchtung voraus, „doch" — sagt sie — „das wird nichts sein im Vergleich zu dem Elend, das die Bevölkerung Frankreichs und Italiens erwartet". In Italien erhält nur noch die Kriegsindustrie Kohlen, aber auch nur in lange unzureichendem Maße, die Zivilbevölkerung dagegen nach dem Geständnis der „Times" so gut wie nichts. „Italien braucht für Kriegszwecke 600 000 Tonnen Kohlen im Monat und bekommt sie nicht." Die Wälder in Italien sind bereits zum großen Teil abgeforstet, sogar die Olivenbäume, diese Quelle des nationalen Wohlstandes in Italien, mußten gewertet werden. Vor kurzem kaufte die italienische Regierung für die Eisenbahn 50 000 Tonnen Oelbaumholz. Schon im vergangenen Winter waren die italienischen Krankenhäuser ohne Kohlen, jetzt wird nur noch in acht Städten Italiens die Bevölkerung für zwei bis drei Stunden täglich mit Gas versorgt. „Daily Expreß" läßt sich unter dem 11. September schreiben: 40 Prozent der italienischen Fabriken sind wegen Kohlenmangels geschlossen und weitere werden wahrscheinlich folgen. Anthrazit, das vor dem Kriege in Rom 100 bis 120 Schilling die Tonne kostete, kann jetzt für 500 Schilling nicht beschafft werden. Holzkohle, die viel zum Kochen benutzt wird, kostet zwischen 50 und 150 Schilling die Tonne und ist fast ebenso knapp wie Kohlen.

In Frankreich ist die Not nicht weniger groß. Im vorigen Winter erreichte die französische Kohlenration nur ein Zehntel der englischen. Frankreich braucht aber in diesem Winter mehr Kohlen, weil die Herstellung von Kriegsmaterial dauernd wächst und weil sich jetzt eine große amerikanische Armee in Frankreich befindet. Schon werden dort Befürchtungen laut, ob die amerikanische Frontarmee bei dem Kohlenmangel die Unbilden des Winters ertragen wird. Anderseits fordert England mehr amerikanische Truppen, damit in gleicher Zahl englische Grubenarbeiter an der Front frei werden. England hatte noch im letzten Frühjahr 75 000 Grubenarbeiter eingezogen, im ganzen bis jetzt 430 000 Mann, was eine Minderung der Kohlenerzeugung um jährlich 22½ Millionen Tonnen bedeutet. Jetzt sucht man diesen „Akt der Panik", der, wie „Daily Chronicle" schreibt, unter dem Drucke der deutschen Märzoffensive erfolgte, wieder gutzumachen. Ob das für den kommenden Winter noch Erfolg haben wird, dürfte bezweifelt werden. Jedenfalls decken die Kohlenschmerzen der Entente eine tatsächlich schwache Stelle ihrer Angriffs- und Widerstandskraft auf. Wird der Winter hart, dann kann diese Stelle auch ohne unser Zutun brechen. Kohle ist nach englischem Geständnis nicht nur der wichtigste Kriegsrohstoff für die En-

### Der neue preußische Kriegsminister

WTB. Berlin, 9. Oktober.

Wie wir hören, ist der Kriegsminister General der Artillerie v. Stein auf seinen Wunsch von seinem Amte als Staats- und Kriegsminister enthoben worden. Gleichzeitig ist er zum Chef des Feldartillerieregiments 42 ernannt worden. Ueber seine weitere Verwendung ist Bestimmung noch nicht getroffen. Zu seinem Nachfolger ist der Chef des Kriegsamts Generalmajor Scheuch unter Beförderung zum Generalleutnant bestimmt.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181010/1